

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
- Präsidialabteilung -

GZ.: PräS - 21 Ae 12 - 87/1

Graz, am 18. November 1987

Ggst.: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Arneiwareneinfuhr-
gesetz geändert wird;
Stellungnahme.

Tel.: (0316) 7031/2428 od.
2671

DVR.Nr. 0087122

GESETZENTWURF	
Z.	77. GE 9.87
Datum: 20. NOV. 1987	
Verteilt 30. Nov. 1987	

Wulz

1. Dem Präsidium des Nationalrates, 1010 Wien,
Dr.Karl Renner-Ring 3 (mit 25 Abdrucken);
 2. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
 3. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
 4. allen Ämtern der Landesregierungen
(Landesamtsdirektion);
 5. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim
Amt der NÖ Landesregierung, 1014 Wien,
Schenkenstraße 4,
- Hlavac*

zur gefälligen Kenntnissnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:

Dr. Krainer eh.

F.d.R.d.A.:

Gries



AMT DER
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

8011 Graz, Landesregierung – Präsidiabteilung
An das
Bundeskanzleramt
Sektion VI – Volksgesundheit
Radetzkystraße 2
1031 W i e n

GZ Präs - 21 Ae 12 - 87/1

Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Arzneiwareneinfuhr-
gesetz geändert wird;
Stellungnahme des Landes Steier-
mark.

Bezug: 61.401/18-VI/14/87

Präsidiabteilung

8011 Graz, Hofgasse 15

DVR 0087122

Bearbeiter

Dr. Taus

Telefon DW (0316) 7031/ 2913

Telex 031838 lgr gz a

Parteienverkehr

Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen (GZ)
dieses Schreibens anführen

Graz, am 18. November 1987

Zu dem mit do.Note vom 19. Oktober 1987, ha. eingelangt
am 28. Oktober 1987, übermittelten Entwurf eines Bundes-
gesetzes, mit dem das Arzneiwareneinfuhrgesetz geändert
werden soll, wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Im Hinblick auf die Vermeidung der Krankheit "Aids" wird die mit dem
Gesetzesentwurf beabsichtigte Erweiterung der Kontroll-
möglichkeiten von Blutprodukten begrüßt. Im Interesse
einer effizienten Maßnahmenenergreifung bei Bekanntwerden
von Gefahren durch Arzneiwaren wird auch die terminologi-
sche Anpassung der Bestimmungen des Arzneiwareneinfuhrge-
setzes an die des Arzneimittelgesetzes und die Anpassung
an die Erfordernisse des Zolllarifgesetzes 1988 gutgeheißen.

Auf Grund der äußerst knapp bemessenen Begutachtungsfrist
kann zu den einzelnen Bestimmungen nicht detailliert Stel-
lung genommen werden. Dennoch darf auf folgende Problematik

./.

- 2 -

der im Art.I 2.7 (§ 5 Abs.1 lit.b) des Novellenentwurfes bzw. im § 5 des geltenden Arzneiwareneinfuhrgesetzes enthaltenen Bestimmungen hingewiesen werden:

Für den Import einer Arzneiware ist eine Unbedenklichkeitsbescheinigung nicht erforderlich, wenn ein im Inland zur Berufsausübung berechtigter Arzt bescheinigt, daß die Arzneiware für einen lebensbedrohenden Erkrankungsfall benötigt wird und der Behandlungserfolg mit einem im Inland zugelassenen und im Handel erhältlichen Arzneimittel voraussichtlich nicht erzielt werden kann.

Häufig sind nun aber die ärztlichen Bescheinigungen so vage, daß die Zollbehörde diese unklaren Bestätigungen von der Fachabteilung für das Gesundheitswesen überprüfen läßt, obwohl ein lebensbedrohender Erkrankungsfall vorliegt.

Es wird daher angeregt, eine Regelung zu schaffen, die den Zollbehörden ein gesetzeskonformes Vorgehen ohne zusätzliche komplizierte Überprüfungen durch die Sanitätsbehörden ermöglicht.

Dem Präsidium des Nationalrates werden unter einem 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

Für die Steiermärkische Landesregierung
Der Landeshauptmann

